

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011)**

Einzelplan 07 – kulturelevante Kapitel

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300 (Ergänzung)

Vorlage 15/405 (Erläuterungsband)

Vorlage 15/457

1. Beratungsdurchgang

In Verbindung mit:

Kulturpolitische Nachhaltigkeit und flächendeckende kulturelle Bildung

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/657

In Verbindung mit:

Zusage von 4,5 Millionen € zur Förderung der Theaterlandschaft NRW

Fragen der Fraktion Die Linke

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens teilt mit, die Beratungsunterlagen lägen den Ausschussmitgliedern vor, auch Vorlage 15/457, der Einführungsbericht der Ministerin. Weitere Erläuterungen der Ministerin vorab seien wohl nicht nötig, sodass man direkt in eine Diskussions- und Fragerunde einsteigen könne. Vereinbart sei, heute über den Haushalt zu diskutieren und am kommenden Dienstag in einer Sondersitzung über den Haushalt und etwaige Anträge zum Haushalt abzustimmen.

In die Haushaltsberatungen einbezogen würden der Antrag der Fraktion Die Linke Drucksache 15/657 sowie Fragen der Linken, die im Zusammenhang mit dem Haushalt stünden.

Andreas Bialas (SPD) dankt der Ministerin sehr herzlich für die Einbringung dieses Haushalts. Der Gesamthaushalt habe im Bereich der Zuschüsse an Kultureinrichtungen und Projekte keine Kürzung erfahren, eher eine deutliche Erhöhung der Zuschüsse gerade für Kultur in den Kommunen. Das sei zu diesem Zeitpunkt ein sehr gutes Zeichen für die Kultur.

Jenseits der Einbringung dieses Haushalts erscheine ihm allerdings wichtig, dass die neue Landesregierung die Finanzsituation der Kommunen ernst nehme. Diese ernsthafte Hilfe für die notleidenden Kommunen beinhalte auch die angewandte Kulturförderung. Das bedeute, dass versucht werde, die Ursachen der schwierigen Situa-

on der Kultur, ausgelöst durch die finanzielle Schieflage in den Kommunen, zu bekämpfen und nicht nur die Symptome.

Er danke auch der Opposition für das Angebot, das sie in dieser Woche im Plenum gemacht habe, genau dieses Kernstück der Politik der neuen Landesregierung ebenfalls als bedeutsam anzuerkennen und dort unterstützend tätig werden zu wollen. Man rede über einen Gesamtbetrag von ca. 650 Millionen €. Dieser Betrag sei mit Sicherheit für die Kommunen und die Kulturleistungen in den Kommunen ein deutlich besseres Zeichen als eine Erhöhung oder Absenkung von 1 Million € oder von 2 Millionen €.

Neben der reinen Haushaltsberatung müsse man sich, wie aus der Einladung zu dieser Sitzung deutlich werde, parallel mit weiteren Themen beschäftigen, die man aber jetzt mit dem Haushalt nicht abschließend behandeln könne, die aber sehr wohl den finanziellen Druck von den Kommunen nehmen könnten: Kulturgesetze, Bildungsgesetze oder Einbringung eines Schutzschirms für die Kommunen, um es ihnen zu ermöglichen, ihre Kultur vor Ort anzubieten, ohne Restriktionen unterworfen zu sein. Diese Woche habe man Gelegenheit gehabt, mit dem Städtetag darüber zu sprechen. Es sei deutlich geworden, dass die Kommunen Hilfe brauchten, aber auch den Wunsch hätten, die Kultur weiterhin im Rahmen der kommunalen Selbstverwaltung anzubieten. Es sei der richtige Weg, die Kommunen langfristig finanziell in eine bessere Situation zu versetzen.

Peter Landmann habe sich ungefähr so ausgedrückt, dass man mit so einer Situation auch wieder den Kampf in den Rathäusern habe. – Das heiße, nicht alles könne von Landesseite her geheilt werden, sondern es seien weiterhin auch Kämpfe vor Ort notwendig. Diejenigen, die für Kultur kämpften, könnten das an allen Stellen tun und nicht nur die Landesregierung einzig und allein mit dem Haushalt.

Er – Bialas – sei dankbar für die Einbringung des Haushalts, weil die frei gewordenen 12 Millionen €, vorgesehen für Baukosten für die Kunstsammlung NRW, fast vollständig – etwa 10 Millionen € – reinvestiert worden seien, allerdings nicht in Steine, sondern in kulturelle Inhalte.

Er sehe keine weiteren Einsparmöglichkeiten im Kulturbereich. Man sei sich wohl einig darüber, den Kulturhaushalt erhöhen zu wollen. Dafür gebe es allerdings einen Rahmen, der sich Gesamthaushalt nenne.

Er sei dankbar, dass die Einstiege in die Theaterkonferenz gelungen seien. Die Gespräche würden geführt. Es gehe darum, Kultureinrichtungen vor Ort, die konkret gefährdet seien, vor der Schließung stünden, durch eine Mittelserhöhung von fast 50 % in die Lage zu versetzen, zumindest wieder zukünftige Planungen aufzunehmen. Er wisse natürlich, dass dies nicht der gewünschte Betrag sei.

Er sei ebenfalls dankbar dafür, dass der Ausbau der kulturellen Bildung konsequent weitergeführt worden sei. Mit dem Ausbau der kulturellen Bildung habe auch der Gedanke der Prävention und der Risikovorsorge der Gesellschaft einen Ausdruck in der Kultur gefunden. Denn es gehe nicht nur darum, Zuschauer für spätere kulturelle Ereignisse zu generieren, sondern auch Akteure, die Spaß an ihrer Arbeit hätten, beim Betrachter eine Ästhetik hinterließen und vor allen Dingen soziale Prozesse durchlie-

fen und somit zu einem kulturellen Teilhabeerlebnis verhelfen würden, das zur stärkeren Wahrnehmung demokratischer Grunderfahrungen beitrage und prägend wirke. Die Kultur sei für die besondere Persönlichkeitsentwicklung äußerst bedeutsam und kein luxuriöses Beiwerk.

Er wolle ein Beispiel aus einer Gesprächsrunde geben, in der ein junger Mann aufgetreten sei und gesagt habe, demnächst wolle er seinen Hauptschulabschluss bauen. Sein Vater liege zu Hause auf der Couch, arbeite nicht und trinke, aber er, der Sohn, wolle tanzen und auf die Bühne. Dieser junge Mann sei am Projekt Sommertanz beteiligt gewesen. Er – Bialas – habe sich das hinterher mehrmals angeschaut. Es sei nicht nur ein ästhetischer Genuss gewesen, sondern es sei auch deutlich geworden, dass sich bei diesem jungen Mann im Sozialen etwas getan habe: Dieser habe Kultur wahrgenommen und wolle Kultur betreiben.

Er – Bialas – sei dankbar dafür, mit diesem Haushalt eine Verlässlichkeit in der Finanzierung zu sehen: Projektierung von JeKi, Strukturentwicklung für die Nachhaltigkeit der Ruhr.2010, Interkultur, Freie Szene, Landestheater, um nur einige Beispiele anzuführen.

Gut finde er auch, dass der Haushalt ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Kulturerhaltung und Stärkung von kultureller Bildung hinbekommen habe, ohne die Kunst zu vergessen. Er dürfe nur an die Spitzen der Kultur, zum Beispiel die Neugestaltung der Ausstellung Beuys, aber auch das Aufgreifen des Erbes von Pina Bausch in Form der Archivierung erinnern. Damit werde die Zukunftsfähigkeit zweier wesentlicher nordrhein-westfälischer Künstler der letzten 50 Jahre dokumentiert.

Ansprechen wolle er noch das Jüdische Museum; das er im Haushalt nicht gefunden habe. Man sollte alle Anstrengungen aufwenden, um dieses zu erhalten – entweder durch eingestellte Haushaltsmittel oder durch Zahlungen aus dem laufenden Haushalt. Das sei wohl ein Anliegen aller.

Oliver Keymis (GRÜNE) dankt ebenfalls für die Einbringung des Haushalts, der der Koalitionsvereinbarung entspreche. Es sei schön, dass sich die Exekutive an das halte, was sich die Legislative gemeinsam vorgenommen habe: keine Kürzungen vorzunehmen, sondern, wenn möglich, weiter einen leichten Aufwuchs zu gestalten. Aus verschiedenen Gründen könne man nicht an den Aufwuchs anschließen, der in den letzten fünf Jahren geleistet worden sei. Das eigentlich Dramatische sei aber, dass die Kommunen ihre freiwilligen Aufgaben im Zuge ihrer finanziellen Repressionen zurückdrängen müssten. Das Land könne sich bei einem solchen Haushalt nicht die Anstrengung vornehmen, landesweit einen Ausgleich zu leisten. Vor diesem Hintergrund sei das Interesse zweigeteilt. Man wolle erstens gemeinsam aus dem Land heraus die Kommunen stärken, damit sie in der Lage seien, ihre freiwilligen Aufgaben zu gewährleisten, und zum Zweiten wolle man mit dem immer noch sehr bescheidenen Landeshaushalt in der Lage sein nachzuhelfen und anzuregen.

Er wolle noch auf drei Punkte zu sprechen kommen, die die Grünen in den Diskussionen zur Einbringung des Entwurfs politisch sehr beschäftigten:

Erstens. Etwas für das Jüdische Museum Westfalen in Dorsten zu tun, sei aus seiner Sicht unstrittig. Es habe eine eklatante Veränderung gegeben; die Erinnerungskultur sei nun im Etat an anderer Stelle zu finden: nicht mehr in Kapitel 07 050 – Kulturförderung –, sondern in Kapitel 07 070 – Landeszentrale für politische Bildung –, also in einem anderen Bereich des MFKJKS. Für Titel 60 – Erinnerungskultur – sei auch ein Aufwuchs von immerhin 1,8 Millionen € zu verzeichnen. Jetzt sei die Frage, die man möglicherweise gar nicht stellen dürfe, weil es nicht um den Bereich Kultur gehe, ob das Jüdische Museum dort wiederzufinden sei,

(Ministerin Ute Schäfer [MFKJKS] nickt.)

damit man sich keine Sorgen machen müsse, wenn die bisherige ehrenamtliche Geschäftsführerin privat in Rente gehe. Es sollte gesichert sein, dass für sie Ersatz geschaffen werde. Im Kulturausschuss gebe es da wohl keinerlei Divergenz.

Zweitens. Die alte Landesregierung habe für die Kultur einen nicht unerheblichen haushaltstechnischen Trick angewendet, weil sie nicht in der Lage gewesen sei, den Innenminister und den Finanzminister davon zu überzeugen, die Kultur anders zu behandeln als andere Etatansätze. Manchem in der Kultur wäre es lieb, seine Projekte über drei Jahre konsequent durchplanen zu können. Dies sei über eine Technik der VE-Einsetzung organisiert worden. Da gebe es an einigen Stellen – etwa bei Titel 60 – eine hochsignifikante Rücknahme. Ihn interessiere, ob diese Technik weiter benutzt werde, weil in der Szene eine gewisse Unruhe aufgekommen sei, ob weitere Änderungen und Rücknahmen zu erwarten seien und damit ein Stück Sicherheit verloren gehe, das bislang vorhanden gewesen sei.

Drittens. Wenn man die Debatte im Landtag über den Haushalt verfolge, verliefen manche Diskussionen, diplomatisch ausgedrückt, durchaus doppeldeutig. Monika Brunert-Jetter habe letzte Woche – man sitze meist einvernehmlich nebeneinander – zu ihm, Keymis, gesagt, beim Kulturetat hätte man noch ein paar Schulden machen können.

(Monika Brunert-Jetter [CDU]: Nein!)

So ungefähr sei ihre Aussage gewesen. Darauf habe er erwidert, aber wenn die CDU gegen den Haushalt klage, sei das wieder weg.

Insofern sei das ein gewisses Problem. Wenn der Haushalt im Mai verabschiedet werde, sei das schon relativ spät. Möglicherweise jedoch werde dieser Haushalt gar nicht im Mai beschlossen – aus Gründen, die man im Moment noch nicht kenne und die sich eventuell ergeben könnten. Wenn der Haushalt unter Umständen erst im Herbst beschlossen werde, kämen alle die, die auf Projektmittel angewiesen seien – zum Beispiel die Literaturbüros und alle möglichen Veranstaltungen, die daran hingen –, in die Situation, für das zweite Halbjahr gar kein Angebot mehr organisieren zu können. Denn sie wüssten dann nicht, wie sie rechtlich einwandfrei Veranstaltungen vorausorganisieren und als bezahlbar annehmen könnten.

Das sei ein Riesenproblem für einen großen Teil der Szene, weil ein bedeutender Teil des Kulturhaushalts Projektfördermittel umfasse. Deshalb richte er die dringliche Bitte an die Ministerin, mit dem Finanzminister in einen sicher nicht einfachen Clinch

zu gehen und eine Lösung zu suchen: eine Art Ausnahmecharakter für diesen Teil der Förderung. Ihm – Keymis – sei klar, es gebe auch andere Bereiche, wie zum Beispiel das Soziale und andere Politikfelder, bei denen Förderaspekte ähnlich wie bei der Kultur bearbeitet würden. Vielleicht bestehe irgendeine Möglichkeit, einen Tatbestand zu schaffen, um über die jetzt festgelegten Grenzen hinaus in der Bewirtschaftung des Haushalts auf der Basis 2010 ein Fenster zu öffnen, um Sicherheit für die weitere Kulturarbeit zu signalisieren. Das sei im Moment das dringendste Problem. Ansonsten seien die Grünen mit dem Haushalt einverstanden.

Er schließe sich dem dringenden Appell an, im Kulturetat nicht zu kürzen. Im Haushalt 2011 werde noch über Kürzungen zu diskutieren sein – es sei denn, es gelinge eine gemeinsame Debatte mit anderen Fraktionen.

Er habe mit Interesse eine Pressemitteilung des Ifo-Instituts in München gelesen, das den Grünen politisch nicht nahe stehe. Das Institut habe mit einer Untersuchung – Titel: Das Phantom der Oper – gezeigt, wie die Prunksucht absolutistischer Fürsten noch heute für blühende Landschaften Sorge. Das sei so interessant, weil der „ideologische Feind“ damit formuliert habe: Es gebe einen feststellbaren ökonomischen Effekt, wenn man Kultur fördere. Je näher eine Region an bestehenden alten Institutionen dran sei, umso mehr hätten die Menschen davon, weil sich ein anderes Spektrum von Leuten ansiedle, das kulturaffin sei, Geld in eine Region bringe und wirtschaftliche Effekte erzeuge.

Das Ifo-Institut vertrete die Auffassung, im Gegensatz zu dem, was der Ausschuss zehn Jahre lang diskutiert habe, Kultur sei nicht nur ein weicher, sondern auch ein harter Standortfaktor. Manche Kulturpolitiker, die sich intensiver damit befasst hätten, meinten das schon länger. Jetzt sage es auch die Wissenschaft und warne die Politiker davor, bei der Kultur zu sparen. Dem brauche er nichts hinzuzufügen, obwohl das Ifo-Institut Begriffe wie etwa Produktkultur verwende, die ihm – Keymis – nicht passten; aber das wolle er aber außen vor lassen. Die Grünen wollten bei der Kultur nicht sparen, und er hoffe, man werde gemeinsam dafür sorgen, dass das nicht geschehe und es auch keine Oppositionsanträge geben werde, die den Kulturhaushalt einschränken wollten.

Die Fraktion Die Linke – so **Ralf Michalowsky (LINKE)** – halte den Haushaltsentwurf für einen defensiven Kulturhaushalt ohne Sparorgien.

(Oliver Keymis [GRÜNE]: So kann man es auch nennen!)

Bei vielen Gesprächen mit kulturellen Organisationen in NRW sei er sehr überrascht gewesen. Denn das sei offensichtlich die einzige Szene, die mit dem zufrieden sei, was sie habe, und froh sei, wenn nicht gekürzt werde. Er habe nur selten Hinweise gehört, mehr Geld zu brauchen. Das habe er in anderen Bereichen bisher nicht so kennengelernt.

In der Darstellung der Ministerin seien einige Sachen angesprochen, die noch nicht so ganz ausgereift seien und noch diskutiert werden müssten, wie zum Beispiel der Kulturrucksack. Ihm sei immer noch kein Zeitplan bekannt, und auch der Inhalt des Rucksacks sei noch unklar. Von JeKi fehle noch die Evaluierung; es gebe im Lande

noch andere Projekte mit Tanz und Gesang. Man müsste noch einmal grundsätzlich darüber reden, wie man das Projekt aufstelle. In der Koalitionsvereinbarung sei die Kulturpauschale angesprochen, die noch auf die Füße gestellt und ausdiskutiert werden solle. All das sei noch nicht passiert. Darüber könne man zum heutigen Zeitpunkt noch nicht abstimmen.

Die Linke werde ihren Antrag zurückziehen und behalte sich vor, ihn bei Gelegenheit in der Zukunft zu aktualisieren.

Er appelliere an die anderen Fraktionen, sich gemeinsam Gedanken über einen Hilfsfonds zu machen, wenn Einrichtungen in den Kommunen, die sich nicht mehr selbst helfen könnten, in Not gerieten, um mit Landesmitteln zu agieren. Es dürfe nicht passieren wie in Bochum, dass ohne Beteiligung dieses Ausschusses 4,5 Millionen € ausgegeben würden. Wenn ein Hilfsfonds eingesetzt werde, sollten damit auch die politischen Entscheidungsträger befasst sein.

Beim Thema „Jüdisches Museum“ handle es sich vergleichsweise um Kleingeld. Es müsste sich eine Möglichkeit finden lassen, das auf dem kleinen Dienstweg zu regeln. Dagegen sei wohl niemand.

Ihn interessiere, ob die CDU-Fraktion vorhabe, auf diese Art und Weise noch weitere Kollateralschäden zu beseitigen. Er habe gestern an einem Gespräch teilgenommen, bei dem aus den Reihen der CDU der Wunsch aufgekommen sei, die Plenarsaalsanierung doch zu realisieren. Das wäre sehr wichtig, und man müsste auch Ausnahmen machen. – Vielleicht habe die CDU weitere Ausnahmen vor Augen.

Es wäre auch sinnvoll zu erfahren, welche Auswirkungen das Urteil auf den Kulturetat habe.

Monika Brunert-Jetter (CDU) zeigt sich erstaunt, mit welcher stoischen Gleichgültigkeit über den Haushalt 2011 diskutiert werde, obwohl man seit dem 15. März genau wisse, dass dieser Haushalt nicht verfassungskonform sein werde. Sie hoffe bis Dienstag immer noch auf gute Ideen der Koalition, wie diese das hinbekommen wolle. Da der Ausschuss am Dienstag noch einmal tagen werde, wolle sie nicht auf Details eingehen.

(Karl Schultheis [SPD]: Wie sieht es mit Ihren Grundideen aus?)

Andreas Bialas habe gesagt, die Kulturförderung sei auf dem erreichten Niveau gehalten worden – wunderbar.

Zu dem Einwurf von Oliver Keymis: SPD und Grüne sagten wegen der Neuverschuldung immer – wie letzte Woche beim Städtetag –, noch viele Wünsche zu haben, sie aber nicht erfüllen zu können. Sie habe immer gesagt, das sei bei einer Neuverschuldung von 7 Milliarden € schlicht und einfach eine Frage der Prioritäten. Die Koalition wolle es nicht hören, aber Fakt sei, dass auch in den vergangenen fünf Jahren, als in diesem Land gespart worden sei, ein Aufwuchs in der Kultur stattgefunden habe. Das gelinge nun natürlich nicht. Sie erinnere sich an die Legislaturperiode, als Minister Vesper für Kultur zuständig gewesen sei, der immer ein großes Herz, aber wenig Knete gehabt habe. Aber das helfe den Kulturschaffenden nicht. Deshalb

wünsche sie sich, die CDU/FDP-Kulturpolitik der letzten fünf Jahren fortzusetzen; dann wäre man schon ein Stückchen weiter.

(Zuruf von der SPD: Mehrausgaben!)

Die Aussage, die Kulturförderung bleibe auf dem erreichten Niveau, treffe nicht zu. Um 38,5 Millionen € würden die Verpflichtungsermächtigungen zurückgefahren. Jedem sei klar, dass diese Verpflichtungsermächtigungen als Zielvereinbarung über mehrere Jahre für Planungssicherheit bei den Kulturinstitutionen gesorgt hätten, die sehr dankbar gewesen seien, über zwei bis drei Jahre verlässlich zu wissen, was auf sie zukomme. Wenn es das zukünftig nicht mehr geben sollte, sei das ein gravierender Rückschritt in der Kulturförderung.

Zum Zweiten habe sie in der Zeitung von Zuwendungen nach Gutsherrenart, wie sie es einmal nennen wolle, gelesen: Frau Müller von der Filmstiftung erhalte Mittel, Bochum erhalte Mittel. Alle anderen beklagten jämmerlich, keine Förderbescheide zu bekommen.

Sie wolle noch darauf hinweisen, dass es vom rot-grünen Finanzminister eine allgemeine Verwaltungsvorschrift zur vorläufigen Haushalts- und Wirtschaftsführung gebe, aus der hervorgehe, dass bei sächlichen Ausgaben, bei Projektfördermaßnahmen, bei Personalausgaben bis zu 40 % verausgabt werden könnten. Das Feedback aus dem Lande sei ausschließlich, immer gesagt zu bekommen, dass man nicht wisse, wie es weitergehe. Alle säßen auf dem Feuerstuhl und warteten händeringend auf ein Signal, ob sie weitermachen könnten. Diese 40 % wären möglich. Darüber wären die schon froh, dann könnten sie weiterarbeiten.

Umso mehr erstaune sie die Nachricht, dass die Filmstiftung bzw. das Musikzentrum in Bochum Geld bekomme. Sie wolle gerne wissen, wie man diese unterschiedliche Vorgehensweise erkläre. Nach Gutsherrenart Zuwendungen vorzunehmen, sei eine Politik, die die Kultur in Nordrhein-Westfalen nicht verdient habe.

Ansonsten sei die CDU, wie gesagt, sehr gespannt, ob die Koalition bis Dienstag Vorschläge vorlege, zu denen man in Ruhe sagen könne, dass sie unter dem Strich einem verfassungskonformen Gesamthaushalt entsprächen.

(Zuruf von der SPD: Auf der einen Seite Mehrausgaben fordern! –
Monika Brunert-Jetter [CDU]: Nein, ich habe keine Mehrausgaben
gefordert! Ich habe lediglich gesagt: Prioritätensetzung!)

Gunhild Böth (LINKE) wundert sich über die Einlassung von Monika Brunert-Jetter. Das, was diese zum Landesverfassungsgerichtshof gesagt habe, sei grundweg falsch. Nicht die Landesregierung, sondern der Landtag habe das Urteil bekommen. Denn nicht die Landesregierung, sondern der Landtag habe den Haushalt beschlossen. Insofern müsse sich jeder, der in diesem Landtag sitze, an die Vorgaben halten, die sich aus dem Urteil ableiten ließen. Nach aufmerksamer Lektüre des Urteils hätten wohl alle Folgendes verstanden:

Erstens. Kreditfinanzierte Rücklagen seien nicht möglich.

Zweitens. Eine Überschreitung der Investitionshöhe müsse zielgenau begründet sein.

Wenn Monika Brunert-Jetter sage, sowieso schon zu wissen, dass dieser Haushalt keinen Bestand haben werde, wisse sie wahrscheinlich mehr als die Richter beim Landesverfassungsgerichtshof, die das nämlich so nicht gesagt hätten.

Nun bestehe aber folgendes Problem: Einerseits sage die CDU, das könne man so nicht machen, und andererseits brauche man noch dies oder jenes. Ihr – Böth – erschließe sich überhaupt nicht, was die CDU zurzeit wolle; sie müsste zur Abwechslung mal ein paar Anträge stellen.

Heute Morgen habe Prof. Sternberg gesagt, Politik sei eine Zielbestimmung mit der Umsetzung der Maßnahmen ins Machbare. Was immer man darunter verstehe, habe das zur Konsequenz, irgendwann ordnungspolitisch tätig werden zu müssen: einen Antrag einzubringen, der eine Vorschrift verändere, ein Gesetz einzubringen, eine Haushaltsstelle zu benennen. Sonst mache man keine Politik. Sie sei nicht sicher, was die CDU zurzeit mache; aber auf diese Art und Weise mache man normalerweise keine Politik.

Das große Problem sei doch, man könne nicht auf der einen Seite verlangen, die Landesregierung solle das weitermachen, was die alte Landesregierung getan habe. Denn das müsste auch kreditfinanziert sein. Das widerspreche dem, was Monika Brunert-Jetter gesagt habe. Da aber der Landesverfassungsgerichtshof dem Landtag aufgegeben habe, sämtliche kreditfinanzierten Maßnahmen zu begründen, müsse man alle Maßnahmen begründen, da man keine Aufteilung in kreditfinanzierte und nicht kreditfinanzierte Päckchen vornehmen könne. All das müsse man – nicht nur die Koalition, sondern auch die Opposition – in den Begründungszusammenhang bringen, inwieweit diese Ausgaben zur Abwehr der schädlichen Folgen einer Störung des Gleichgewichts notwendig seien. Dazu gehörten nicht nur Wachstum, sondern auch Arbeitslosigkeit und die anderen beiden Ziele.

Insofern nehme der Landesverfassungsgerichtshof nicht die Landesregierung, sondern jeden Einzelnen in diesem Parlament in die Pflicht. So habe das wenigstens die Linke verstanden. Man müsse sich entscheiden, was man tun wolle, gemessen an den gesamten Investitionen, deren Höhe sie nicht genau zusammengerechnet habe. Man könne aber nicht auf der einen Seite schreien, das sei zu wenig, und auf der anderen Seite rufen, es werde zu viel ausgegeben.

Oliver Keymis (GRÜNE) geht auf den Beitrag von Monika Brunert-Jetter ein. Er habe eben auch etwas zu den VEs gesagt. Aber im Gegensatz zur CDU habe er das konstruktiv gemeint. Es sei schon sichtbar, dass nicht Opposition, sondern Obstruktion betrieben werde. Hier sitze keine Truppe mehr, die konstruktiv-kritisch mitmachen wolle, sondern hier säßen Leute, die sich zurücklehnten: Das Urteil habe die Koalition in die Ecke geschmettert, und damit sei für die Opposition Politik erledigt.

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

Das finde er beachtlich; das werde man sich auch für die Zukunft merken müssen.

Er wolle noch einmal auf das Thema „VEs“ eingehen, damit keine Missverständnisse entstünden. Die pauschale Kritik der CDU teile er so nicht. Er habe sich das genau angesehen und wisse, dass man die VEs an insgesamt 15 Stellen erhöht habe.

(Ministerin Ute Schäfer [MFKJKS]: Genau!)

Damit habe man eine Landschaft mit Mitteln bedient, was er auch von der Struktur, von der Technik her für sinnvoll halte. Man habe die VEs allerdings an drei Stellen – wenn man den Ankaufsetat der Kunstsammlung dazu nehme, an vier Stellen –, an denen sie erheblich aufgeblasen gewesen seien, stark gekürzt.

In Vorlage 15/405 (Erläuterungsband) seien die VEs in drei Bereichen wie folgt gekürzt worden: Titelgruppe 60 – Musikpflege und Musikerziehung –: 20,3 Millionen € (siehe S. 81); Titelgruppe 91 – Förderung von Kulturbauten –: 9 Millionen € (siehe S. 109); Titelgruppe 97 – Regionale Kulturförderung –: ca. 27,3 Millionen € (siehe S. 111). Diese drei Zahlen ergäben insgesamt ein VE-Minus von rund 57 Millionen €. Hinzu gekommen seien aber VEs in Höhe von 25,3 Millionen €. Der von der CDU errechnete Betrag von 38 Millionen € sei damit nicht kompatibel. Es sei etwas weniger. Aber nur bei drei Bereichen seien große VE-Batzen zurückgefahren worden; dafür seien kleinere Titel aufgestockt worden.

So differenziert müsste man über den Haushalt, über Verpflichtungsermächtigungen diskutieren, wenn man gemeinsam an der Kulturpolitik des Landes und an ihrer Weiterentwicklung Interesse habe. Das werfe er Monika Brunert-Jetter vor, das schein nach diesem Diskussionsbeitrag nicht mehr ihr Interesse zu sein. Sie gehe ein ganzes Stück von dem weg, was der ehemalige Ministerpräsident, der heute als Ausschussmitglied anwesend sei, formuliert habe. Das bedaure er – Keymis – sehr.

Andreas Bialas (SPD) kommt auf das Grundproblem der letzten Jahre zurück. Man habe eine absolute Schieflage bei den kommunalen Finanzen und keine Krise der Kultur. Insoweit sei es wichtig, den Kommunen wieder die Hoheit zurückzugeben, selbstverwaltet tätig zu werden, auch für die Kultur. Wenn man den Kommunen ein Schnitzel wegnehme, bringe es ihnen auch nicht viel, ein kleines Stück trockenes Brot zurückzubekommen, das dann Kulturpauschale genannt werde. Er sehe keine Sparvorschläge, die geeignet wären, in diesem Kulturhaushalt realisiert zu werden. Er bitte die Ministerin eindringlich, für diesen Haushalt wie eine Löwin zu kämpfen und ihn durchzubringen. Es sollte Grundkonsens aller Mitglieder des Kulturausschusses sein, von diesem Haushalt nicht noch Geld abzuwickeln, sondern ihn in dieser Höhe bestehen zu lassen.

Ministerin Ute Schäfer (MFKJKS) freut sich über die positive Unterstützung und geht auf die von Monika Brunert-Jetter geäußerte Kritik ein. Niemand habe in Abrede gestellt, wie hervorragend es gewesen sei, dass in der letzten Legislaturperiode die Mittel für den Kulturetat hätten aufgestockt werden können. Wenn man sich den Haushalt 2011 genau anschau, stelle man fest, dass er das, was in der letzten Legislaturperiode geschehen sei, fortschreibe, mit ein paar Akzentuierungen, manifestiert im Koalitionsvertrag, sich noch stärker im Bereich der kulturellen Bildung – Stichworte: Kulturrucksack, Kultur und Schule – zu engagieren. In einem minimalen

Bereich sei man in der Freien Szene stärker in die Soziokultur eingestiegen. Dann habe man das dicke Paket aufzulösen gehabt, das man mit JeKi überreicht bekommen habe. Jeder wisse, das erwartete Spendenvolumen von 12 Millionen € sei nicht erreicht worden. Man habe sich sehr bemüht, das Projekt aufrechtzuerhalten, um es zumindest im Ruhrgebiet vernünftig weiterzuführen, weil man es für richtig halte, in diesem Bereich kulturelle Bildung durchzuführen.

Deshalb könne sie es überhaupt nicht nachvollziehen, warum die CDU auf der einen Seite sage, all das sei Makulatur, die Koalition solle mal sehen, wo sie sparen könne, aber andererseits könne sie mal so handeln wie die alte Landesregierung, nämlich ein bisschen mehr drauflegen. Das sei sehr widersprüchlich.

Man habe bei den einzelnen Posten versucht, das, was in der Ausrichtung der Kulturpolitik in Nordrhein-Westfalen sehr konsensual im Kulturausschuss gelaufen sei, weiterzuführen. In schwierigen Zeiten habe es einer besonderen Anstrengung bedurft, zum Beispiel die Steigerung der Personalkosten in den Landesorchestern und -theatern zu berücksichtigen. Denn gerade im kulturellen Bereich würden oft die Daumenschrauben angedreht. Die Botschaft sei gewesen, bei dem Zugesagten zu bleiben, in finanziell schwierigen Zeiten nicht zu kürzen. Aus verschiedenen Gründen habe man keine andere Botschaft verantwortlich übermitteln können.

Für die Landesregierung wolle sie deutlich machen, dass – auch vor dem Hintergrund des Verfassungsgerichtsurteils vom 15. März – alles, was an Kultur in Nordrhein-Westfalen statfinde, speziell die kulturelle Bildung, die allumfassend sei, segensreich sei und erheblich dazu beitrage, ein wirtschaftliches Gleichgewicht zu stabilisieren. Das sei vielleicht etwas indirekt betrachtet. Aber ein Land ohne oder mit abnehmender Kultur würde einer entsetzlichen wirtschaftlichen Entwicklung entgegensehen. Das wollten alle mit Sicherheit nicht. Man habe versucht, das, was in den letzten fünf Jahren positiv entwickelt worden sei, solide fortzuschreiben – mit der einen oder anderen Neuakzentuierung.

Sie knüpfe an das an, was Oliver Keymis gesagt habe, man sollte zwar Rede und Gegenrede führen, aber versuchen, eine kritisch-konstruktive Bewegung nach vorne zu machen. Das, was sie in der Zeitung gelesen habe – das habe Herr Laumann wohl bekanntgegeben –, dass die CDU die Mittel für den Kulturrucksack wieder streichen wolle, habe sie heute nicht gehört. Ansonsten wisse sie auch nicht, was CDU und FDP an Veränderungen vorhätten. Man habe jedenfalls einen Haushalt 2011 vorgelegt, den man für verantwortbar halte.

Zu der Kritik von Monika Brunert-Jetter, die Landesregierung würde eigenmächtig handeln: Die von der CDU angesprochenen Dinge seien im Haushalt 2010 verortet. Heute rede man über den Haushalt 2011. In 2010 seien Weichenstellungen vorgenommen worden, die man weiter mit begleitet habe. Was mit dem ViktoriaQuartier in Bochum entwickelt worden sei, sei mit Sicherheit für die interkulturelle Arbeit und für die Arbeit in Bochum wichtig und hoffentlich mit einer Strahlkraft für ganz Nordrhein-Westfalen konzipiert. So jedenfalls sei es angelegt. Interkulturelle Arbeit hielten wohl alle für begrüßenswert. Man erhoffe sich von dem, was in Bochum entwickelt werde, Impulse für das Land. Die Formulierung „nach Gutsherrenart“ könne sie nicht nachvollziehen, weil man das Vorgefundene sehr behutsam weiterentwickelt habe.

Monika Brunert-Jetter (CDU) dankt Gunhild Böth für die Lehrstunde, die aber nicht nötig gewesen sei. Sie – Brunert-Jetter – habe nicht die Fortschreibung des Kulturhaushalts kritisiert, sondern daran erinnert, dass es einen Aufwuchs gegeben habe, der in diesem Jahr nicht stattfinde.

(Gunhild Böth [LINKE]: Den wollen Sie auch noch!)

Sie hätte sich gewünscht, dass er weiter stattgefunden hätte. In den letzten fünf Jahren sei dieser Aufwuchs an anderer Stelle eingespart worden; das sei eine Prioritätensetzung gewesen. Die neue Landesregierung habe andere Prioritäten gesetzt; das kritisiere die CDU. Man habe von der Ministerin nicht verlangt zu sparen, sondern andere Prioritäten zu setzen. Die CDU habe damals die Studiengebühren auch nicht lachend eingeführt, sondern andere Prioritäten gesetzt.

Das sei auch das Signal an die Kulturschaffenden. Die Fortschreibung, die die Ministerin gerade noch mal beschrieben habe, sei richtig. Das habe sie – Brunert-Jetter – auch nie kritisiert. Vielmehr gebe es noch so viel zu tun, wie man gemeinsam feststelle,

(Andreas Bialas [SPD]: Das ist Konsens, bei der Kultur sparen wir nicht!)

dass man diesen Aufwuchs auch in 2011 hätte fortsetzen können, um sich erst dann wieder zurückzuziehen, wenn die kommunalen Haushalte ausgeglichen seien, so dass die Kommunen das wieder selber regeln könnten.

Michael Hübner (SPD) betont, er wolle nicht im Raum stehen lassen, dass die CDU glaube, dass die kommunalen Haushalte in ein paar Jahren ausgeglichen seien. Dankenswerterweise sei es am 29. Oktober 2010 gemeinsam mit der CDU gelungen, einen entsprechenden Beschluss zu fassen. Die kommunalen Haushalte werde man nicht über die 650 oder die 323 Millionen € im GFG retten, zumindest nicht flächendeckend, und auch nicht mit einem Konsolidierungsfonds von 350 Millionen €. Dabei fehle der Bund. Er fordere die CDU auf, in Berlin deutlich zu machen – auch für andere Politikfelder, obwohl man im Kulturausschuss den Einzelplan 07 berate –, die Konnexitätsverstöße, die aus Berlin kämen, auszugleichen. Wenn dies geschehen würde, hätte man nicht die Schwierigkeiten, der CDU näherzutreten und im Kulturhaushalt noch etwas draufzulegen, weil man das Thema „Kommunen“ abgearbeitet hätte.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens schließt die Beratung für heute ab. Über die kulturrelevanten Kapitel des Einzelplans 07 entscheide man nächsten Dienstag. – Über den Antrag der Fraktion Die Linke müsse man dann nicht mehr entscheiden, weil er zurückgezogen worden sei. Ob weitere Anträge eingingen, werde man sehen.

Gunhild Böth (LINKE) stellt noch eine Frage zum Verfahren, weil ihr seit der gestrigen Plenarsitzung Folgendes nicht klar sei: Der Finanzminister habe Änderungen angekündigt. Sie komme nicht damit zurecht, nächsten Dienstag über den Einzelplan 07 – Kulturbereich – abzustimmen, wenn vielleicht anschließend noch Änderun-

gen kämen. Dieser Ablauf der Beratungen erscheine ihr nicht schlüssig. Das gelte nicht nur für den Kulturhaushalt, sondern auch für die anderen Teilbereiche.

Vorsitzender Dr. Fritz Behrens erläutert, am nächsten Dienstag werde der Kulturausschuss über das, was bis dahin vorliege, abstimmen, also über die kulturrelevanten Kapitel des Einzelplans 07 einschließlich Ergänzung. Alles Weitere werde wahrscheinlich nicht in diesem Ausschuss, sondern in anderen Ausschüssen, im Wesentlichen im Haushalts- und Finanzausschuss, beraten und abgestimmt.



Kulturausschuss

7. Sitzung (öffentlich)

23. März 2011

Düsseldorf – Haus des Landtags

15:00 Uhr bis 17:00 Uhr

Vorsitz: Dr. Fritz Behrens (SPD)

Protokoll: Dr. Hildegard Müller

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Sachstandsbericht zum Wiederaufbau des Historischen Archivs, Stadt Köln

3

Gespräch mit dem Kulturdezernenten der Stadt Köln, Herrn Prof. Georg Quander, und Frau Dr. Schmidt-Czaia, Historisches Archiv der Stadt Köln

Prof. Georg Quander (Kulturdezernent der Stadt Köln) und Dr. Bettina Schmidt-Czaia (Historisches Archiv der Stadt Köln) geben einen Sachstandsbericht und antworten auf Fragen des Ausschusses.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2011 (Haushaltsgesetz 2011) 18

Einzelplan 07 – kulturelevante Kapitel

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksachen 15/1000 und 15/1300 (Ergänzung)

Vorlage 15/405 (Erläuterungsband)

Vorlage 15/457

1. Beratungsdurchgang

In Verbindung mit:

Kulturpolitische Nachhaltigkeit und flächendeckende kulturelle Bildung

Antrag
der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 15/657

In Verbindung mit:

Zusage von 4,5 Millionen € zur Förderung der Theaterlandschaft NRW

Fragen der Fraktion Die Linke

Der Ausschuss berät die kulturelevanten Teile des Einzelplans 07.

Die Linke zieht ihren Antrag Drucksache 15/657 zurück.

3 Polen-Nordrhein-Westfalen-Jahr 2011/2012 – Kultursaison Nordrhein-Westfalen in Polen 30

Vorlage 15/393

Ministerin Ute Schäfer ergänzt ihren Bericht.